

Annemarie Gerzer-Sass

Vom Aktivsein einiger weniger zum Aktionsprogramm für alle

Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser versucht, die Generationenbezüge, die bisher vor allem im privat-familialen Bereich verortet waren, in einem öffentlichen Raum zu gestalten. Die Frage ist, warum dies jetzt erst geschieht und nicht schon früher, wo es schon im letzten Jahrzehnt gesellschaftliche Entwicklungen gab, die in diese Richtung gewiesen haben. Doch die Neuausrichtung der Generationenbeziehungen ist erst durch den intensiven Diskurs zum demographischen Wandel aufgegriffen worden, da neben dem Rückgang der Geburten auch die Herausforderung eines neuen Bildes vom Altern in der Gesellschaft thematisiert wurde. Das Aktionsprogramm greift dabei das auf, was unabhängig von der Rentendebatte nicht mit Geld zu regeln ist, so z.B. Vertrauen, Achtung, Anerkennung zwischen den Generationen und setzt an der Begegnung, der Nachbarschaft und Freundschaft außerhalb der Familien an.

Ein weiteres Anliegen des Aktionsprogramms ist die Stärkung der Zivilgesellschaft, und zwar in dem Sinne, wie ein neuer Wohlfahrtsmix hergestellt werden kann, um die heutigen Aufgaben und Herausforderungen des Wohlfahrtsstaates, die durch den gesellschaftlichen Wandel nicht weniger, sondern mehr geworden sind, zu bewältigen. Dieser Wohlfahrtsmix beinhaltet sowohl die aktive Mitbeteiligung der Bürger als auch eine neue Mischung von Sozialstaat und Verantwortung der Wirtschaft im Sinne von public-private-partnership. Schon in den letzten dreißig Jahren wurde versucht, diese Ansätze mit unterschiedlichen Vorzeichen und Schwerpunkten, in eine breitere gesellschaftlichen Debatte zu verankern und somit zur Reform des Sozialstaats mit beizutragen: z.B. durch entsprechende Bundes- und Länderprogramme oder kommunale Initiativen. Da diese Ansätze aber mehr im Punktuellen blieben, versucht das Aktionsprogramm diese Ansätze zu bündeln und durch Synergieeffekte so zu verbreiten, dass es zu einem neuen Wohlfahrtsmix kommen kann.

Aus Sicht der Forschung des Deutschen Jugendinstituts sind drei Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten dabei von Bedeutung:

- 1) Die in den 70er Jahren begonnene Kritik am Wohlfahrtsstaat: Zum einen aufgrund von Defiziten in der sozialen Versorgung und zum anderen aufgrund der Struktur und Professionalisierung sozialer Dienstleistungen, die Formen der aktiven Mitbeteiligung und Mitgestaltung der Menschen, denen die Wohlfahrtsstaatsleistungen zugute kommen sollten, weitgehend ausgeschlossen haben. Die Selbsthilfebewegung insbesondere im Gesundheitsbereich ist ein Beispiel dafür. Mittlerweile haben sich viele Selbsthilfebewegungen zu verschiedenen Themen des Lebens gegründet; auch der Seniorenbereich ist mittlerweile vertreten und es sind bundesweite Netzwerke als Unterstützung dieser Selbsthilfebewegungen entstanden.
- 2) Die durch den Wandel der Familie sich verändernden Familienstrukturen erfordern neue Formen der Gestaltung von Familienleben, so z.B. durch die Öffnung der Kleinfamilie hin zu kleinräumigen Solidarnetzen. Die in der 70er Jahren gegründeten Mütter- und Familienzentren und Elterninitiativen weisen nicht nur auf Defizite im Bereich von nachbarschaftlichen Treffpunktmöglichkeiten in Verbindung mit niederschweligen Dienstleistungen rund um die Familienbelange hin, sondern zeigen vor allem auch das große Defizit von Betreu-

ungsangeboten auf. Die Entstehung von Initiativgruppen wie die der Mütter- und Familienzentren, der Elterninitiativbewegung im Kinderbetreuungsbereich wie auch Initiativen von Stillgruppen, Stiefelterngruppen sind eine Antwort darauf. Diese Entwicklung zeigt deutlich, dass gerade die Phase der Familiengründung und des Familienaufbaus diejenige ist, in der sich Eltern besonders aktiv in die Gesellschaft mit einbringen, um das Aufwachen ihrer Kinder selbst mitgestalten zu können. Modellprojekte des Bundes in den 80er und 90er Jahren wie die Förderung der Mütterzentren, die Weiterentwicklung dieses Ansatzes im Rahmen von „Familien helfen Familien“, die auch Öffnungsansätze in der Familienbildung intendiert hatten sowie die Evaluation dieser Familienselbsthilfebewegungen Ende der 90er Jahre sind Belege hierfür.

- 3) Obwohl Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie seit mehr als zwei Jahrzehnten öffentlich thematisiert werden, haben die institutionellen Betreuungsangebote sich noch nicht an die veränderten Lebensbedingungen von Familien angepasst. Dies zeigt sich einerseits an der zeitlichen Abstimmung, die nicht oder kaum die Wünsche der Eltern nach Ganztagesangeboten, nach verlängerten Öffnungszeiten, nach flexiblen Betreuungszeiten berücksichtigt. Und andererseits zeigt sich dies an der geringen Bereitschaft der Einrichtungen, sich zu öffnen hin zu mehr Partizipation und Mitbestimmung der Eltern, zum nachbarschaftliche Umfeld, zu Mischungen von Teams aus professionellen Kräften und Menschen, die sich aktiv in die Kinderbetreuung einbringen wollen und zu neuen Kooperationsformen zwischen Jugendhilfe und Wirtschaft durch betrieblich geförderte Kinderbetreuungseinrichtungen. In dem Modellprojekt des Bundes „Orte für Kinder“ konnten diese Programmpunkte bundesweit in sieben westlichen Bundesländern und 13 Modellstandorten erfolgreich erprobt werden (Deutsches Jugendinstitut 1994).

Auf diese drei Entwicklungen soll hier schlaglichtartig Bezug genommen werden, um deutlich zu machen, dass das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser mit seinen Handlungsfeldern wie:

- Öffnung der Einrichtung durch einen offenen Treffpunkt mit niederschwelligem Zugang
- Einbeziehung der Wirtschaft
- Entwicklung einer Informations- und Dienstleistungsdrehscheibe
- Kinderbetreuung

diese Ansätze aufgegriffen und weiterentwickelt hat, und zwar durch die Erweiterung des Generationenbezugs, d.h. der Integration der vier Lebensalter und der generationenübergreifenden Angebote.

Soziale Bewegungen der 70er Jahre kritisieren den Wohlfahrtsstaates – Selbsthilfe als Versuch einer neuen sozialen Bewegung

Schon seit Mitte der siebziger Jahre spielt die Selbsthilfe mit ihren vielfältigen Formen in der sozialen Wirklichkeit der alten Bundesrepublik eine immer wichtigere, aber auch in den Debatten um die Zukunft des Sozialstaats eine theoretisch-konzeptionell herausgehobene Rolle. Dabei ist ihr in mehreren Richtungen die Funktion einer „Speerspitze der Innovation“ bei der Weiterentwicklung (dem „Umbau“) des Sozialstaats zugesprochen worden. Das absehbare Wachstum

beim Bedarf an medizinisch-pflegerischen, psychosozialen und alltagsbezogenen Hilfen, vor allem wegen der demographisch offenbar unumkehrbaren Zunahme der Zahl der Älteren und ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung lässt sich nicht mechanisch in ein ebenso rasches Wachstum professioneller sozialer Dienste aus öffentlich oder über die Solidargemeinschaft finanzierten Mitteln übersetzen. Ähnliches gilt für den Bedarf an außerfamiliärer Kinderbetreuung wegen der offenbar ebenso wenig umkehrbaren Zunahme der Frauen- und Müttererwerbstätigkeit. Die Entwicklung und Stärkung der sozialen Selbsthilfe kann und soll demnach wenigstens einen Teil des wachsenden Bedarfs an sozialen Dienstleistungen auffangen.

Unabhängig von der Frage der Finanzierung sollte und soll die (kollektiv organisierte) Selbsthilfe vor allem qualitative Defizite der professionell organisierten sozialen Dienstleistungen beheben helfen: Die nach der Eigenlogik der Anbieterseite und der Kostenträger gesteuerten medizinisch-pflegerischen, psychosozialen und alltagspraktischen Hilfen verfehlen oft den individuellen Hilfebedarf, was besonders für das Feld der psychosozialen Hilfen und kommunikativen Unterstützung gilt. Selbsthilfe ist demnach eine Art „Qualitäts-Korrektiv“ und Innovationsmotor zur Entwicklung neuer, bedarfsgerechter Angebote in diesem Kernbereich der sozialen Dienstleistungsproduktion.

Die Selbsthilfe hat an Breite, Vielfalt und gesellschaftlicher Bedeutung zugenommen und bei den Grundsatzfragen „Finanzierung und Qualität sozialer Dienstleistungen“ sowie „Neustiftung von sozialem Zusammenhalt“ einen wichtigen Platz in der Debatte um die gesellschaftliche Zukunft und die des Sozialstaats eingenommen. Darüber hinaus hat sich der demokratisch-partizipative Anspruch von Selbsthilfe auf aktive bürgerschaftliche Teilhabe, Mitgestaltung und Verantwortung („Schule der Demokratie“) mit politischen Bewegungen wechselseitig verschränkt und verstärkt, denen mit der gesetzlichen Verankerung von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Landes- und kommunaler Ebene eine Serie politischer Erfolge gelang (Erler 2001).

Familienselbsthilfe als ergänzendes Angebot des Wohlfahrtsstaates

Familienselbsthilfegruppen wie Mütter-, Familien- und Nachbarschaftszentren, Elterninitiativen, Stillgruppen, Stiefelterngruppen und vieles mehr unterscheiden sich von anderen Selbsthilfegruppen dadurch, dass sie an ihrem familiären Lebenszusammenhang ansetzen und die scheinbar privaten Probleme durch die Erweiterung ihres Familiensystems zu bewältigen versuchen. Durch die Bildung kleinräumiger Solidarnetze erweisen sie sich als strukturelle Unterstützung bei der Bewältigung der ständig zu erbringenden Anpassungs- und Erziehungsleistung von Familien. Dabei geht es nicht um die Überwindung traditionaler Familienstrukturen, sondern um die Öffnung der Familie. Aus familiensoziologischen Untersuchungen ist bekannt, dass sog. sensible Phasen und Übergänge im Lebensverlauf, wie z.B. der Partnerschaft in die Familienbeziehung, Übergangsphasen der Kinder aus der Familienbetreuung in die Fremdbetreuung usw. einerseits sehr krisenanfällig sind, andererseits gerade durch solche Umstellungen Ressourcen der Selbstgestaltung aktiviert werden.

Durch diese Initiativen wird die klassische Stoßrichtung von Familienpolitik – nämlich Familien als Empfänger familienpolitischer Leistungen wahrzunehmen – ergänzt durch den Akteurspart von Familien, nämlich Familienpolitik selbst mitzugestalten: Stillgruppen bieten kleinmaschige Unterstützungen an und geben neue Impulse für das Gesundheitssystem. Mütterzentren formen eine neue Nachbarschaftskultur und ermöglichen niederschwellige Angebote und Dienstleistun-

gen. Elterninitiativen gestalten selbst Kinderbetreuung und Stiefeltern bewältigen ihre Problemlagen durch Bildung von neuen Solidarnetzen und entlasten das professionelle Hilfesystem. Somit sind diese Initiativen nicht als Reaktion auf die Abwesenheit des Staats entstanden, sondern als Reaktion darauf, dass die öffentlichen Angebote den gewachsenen und sich veränderten Bedürfnissen von Familien nicht mehr gerecht werden (Gerzer-Sass 1996).

Grundlage aller Familienselbsthilfeinitiativen ist, an den Kompetenzen von Eltern anzusetzen und diese zu erweitern. Nicht Hilfebedürftigkeit und entsprechend professionelle Bearbeitung ist das Ziel ihrer Aktivitäten, sondern die Stärkung von Fähigkeiten von Familien, auch in Situationen von Mangel. Durch die verschiedenen und selbstorganisierten Aktivitäten der Mütter wie bei den Stillgruppen und Mütterzentren oder der Eltern, wie bei den Elterninitiativen und Stiefelterngruppen entstehen nicht nur gemeinschaftliche Stärke und soziale Kreativität, sondern durch die gegenseitige Kompetenzvermittlung werden sie in den Stand versetzt, ihre Probleme selbst zu lösen. Das heißt allerdings nicht, dass ganz auf professionelle Hilfe verzichtet wird. In manchen Feldern gibt es eine Zusammenarbeit mit professionellen Kräften, wie z.B. bei den Elterninitiativen, wenn sie Erziehungspersonal einstellen oder bei Stiefeltern, wenn sie sich fachliche Beratung holen, ansonsten zählt das Laienprinzip.

Dies wird auch durch die Strukturen der Initiativarbeit bedingt, die hierarchiearm, basisdemokratisch sind und auf dem Prinzip des „learning by doing“ beruhen, d.h. zusehen, mitmachen und reflektieren. In diesem Prozess des „Empowerments“ geht es darum, dass in biographisch sensiblen Lebensphasen Ressourcen der Selbstgestaltung und Verhaltenskompetenzen nicht nur mobilisiert, sondern auch neu(e) gewonnen werden können. Dieses Engagement ist nicht an Schulbildung und beruflichen Status gebunden, wiewohl insbesondere in Elterninitiativen mehr Mütter und Väter mit höherer Ausbildung zu finden sind als z.B. in Mütterzentren. Entscheidend dabei ist das Abrufen der eigenen Praxiserfahrung, wobei sich die Familien als gleichberechtigte Partner gegenüberstehen. Familienselbsthilfe unterstützt und entlastet nicht nur die Familien bzw. Eltern untereinander, sondern bezieht auch Familien und Eltern aus der Nachbarschaft bzw. aus dem erweiterten Umfeld mit ein. Die Mütter- und Familienzentren sind hierfür ein gutes Beispiel, da ihre Angebote der ganzen Nachbarschaft bzw. dem Stadtteil zur Verfügung stehen. Das Spezifische dabei ist die Gleichzeitigkeit von leben, lernen, lehren und arbeiten. Das kann heißen, in einem für alle offenen Cafébetrieb ganz unverbindlich vorbeizuschauen und vielleicht ein Gespräch mit anderen Müttern zu führen, woraus sich eine lebenspraktische Beratung über einen aktuellen Familienkonflikt ergeben kann. Dazu gehört auch ein flexibles Kinderbetreuungsangebot, das stundenweise genutzt werden kann, ein Second-Hand-Shop, das Angebot einer Vielzahl von unterschiedlichen Kursen oder Veranstaltungen und schließlich die Möglichkeit, das Zentrum nicht nur „passiv“ zu nutzen, sondern auch aktiv gegen ein geringes Honorar im Zentrum mitzuarbeiten und die Angebote mitzugestalten.

Inzwischen haben sich die Dienstleistungsangebote der Mütter- und Familienzentren sehr ausdifferenziert. Sie lassen sich in Mutter-Kind-bezogene Dienstleistungen wie bei den Stillgruppen, in stundenweise Kinderbetreuung, Mini-Kindergarten, Krabbelgruppen, Mutter-Kind-Gruppen zusammenfassen, die vor allem von jüngeren Müttern mit Kindern im Alter von 2–3 Jahren genutzt werden. Das Gleiche gilt für Weiterbildungskurse und Fortbildungsveranstaltungen. Hierzu gehören u.a. Sprachen, Themen zur Gesundheit, Ernährung und Umgang mit den neuen Technologien. Aber auch ganz konkrete praktische Dienstleistungen für die Familie wie Haarschneiden, Fahr- und Einkaufsdienste, Kosmetik und Massage sind sehr nachgefragt. Sehr beliebt sind die in

das Mütterzentrum integrierten Second-Hand-Shops, wo man günstig Kleidung für sich und die Kinder einkaufen kann oder wo man selbst Kleidung anbietet.

Die besondere Qualität dieser Dienstleistungen, die im Rahmen von Selbsthilfe erbracht werden, korrespondiert mit der besonderen Qualität von Arbeitsbedingungen wie Selbstorganisation, Selbstverwaltung und Selbstreflexion. Die Arbeit geschieht miteinander und füreinander in einem überschaubaren Rahmen. Der Prozess und wie sich die beteiligten Menschen dabei fühlen, ist genauso wichtig wie das Ergebnis. Die sozialen Dienstleistungen sind nicht an strukturelle Sachzwänge wie bei Institutionen, sondern an Menschen orientiert. Dabei werden die Aktivitäten weniger über Geldverdienenden definiert, sondern mehr von der persönlichen Lebens- und Familiensituation der Mütter: Kommunikation, Freundschaft, Trost, Verständnis, Bestätigung, Entlastung, aber auch Weiterentwicklung der eigenen Person (Jaekel 2001).

Orte für Kinder und Orte für die Familien – eine neue soziale Infrastruktur im Bereich der Kinderbetreuung

„Orte für Kinder“ diese Bezeichnung steht für die Perspektive, über die Grenzen bisheriger Betreuungsinstitutionen hinaus neue Formen einer angemessenen Infrastruktur für Kinder und ihre Familien zu entwickeln. Damit verbunden ist die Idee, eine Einrichtung zu haben, die wohnortnah, bedarfsgerechte Öffnungszeiten, Kinder aller Altersstufen, neuen Formen der Kooperation zwischen institutionellen Leistungen und informellen Netzen, mehr Partizipation und Mitbestimmung der Eltern, neuen Kooperationsformen zwischen Jugendhilfe und Wirtschaft durch betrieblich geförderte Kinderbetreuungseinrichtungen anbietet. Zentrale Punkte waren einerseits die Öffnung nach „innen“ mit der variablen Nutzung von Betreuungszeiten, der Altersmischung und offenen Gruppenkonzepten sowie andererseits die Öffnung nach „außen“. Das bedeutet Angebote für alle Kinder im Wohnumfeld, Elternbeteiligung und Aufbau von sozialen Netzwerken, die Vernetzung der Einrichtung in der Gemeinde/im Stadtteil und der Dialog zwischen Jugendhilfe und Wirtschaft mit den ersten Kooperationseinrichtungen zwischen Jugendhilfe und Wirtschaft im Sinne von public-private-partnership (Orte für Kinder 1994). Damit hat das bundesweite Modellprojekt auch die Empfehlung des Achten Jugendberichts (Bundestagsdrucksache 1990, S. 102) aufgegriffen, die besagt, dass Kindergärten sich in ihrem Angebotspektrum für den jeweils lokalen Bedarf öffnen und so als Nachbarschaftszentrum mit breit gestreuten Angeboten und Unterstützungsleistungen in Zukunft agieren sollten. Ergänzt wurde dieses Projekt durch Veränderungen der länderspezifischen Kindertagesstättengesetze bzw. deren Richtlinien, mit denen neue und flexible Formen der Aufnahme von Kindern, wie z.B. durch „Platz-Sharing-Konzepte“ und Dienstleistungen für Familien ermöglicht werden sollten. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass die Öffnungsansätze nach innen leichter umzusetzen waren, d.h. die Innovationen für die Praxis wie die konzeptionelle Arbeit im Team, die Altersmischungen, die offenen Gruppenarbeit wurden in den Einrichtungen aufgegriffen und weiterentwickelt. Die Öffnungsansätze nach außen haben sich als schwieriger in der Umsetzung erwiesen: Auf der strukturellen Ebene durch geringe Raumkapazitäten, um so z.B. Räume auch für Eltern in den Einrichtungen zu schaffen, durch Trägervorgaben, die den Nachbarschaftsansatz in Verbindung mit freiwillig Engagierten und damit der Erweiterung des Betreuungsauftrages so nicht mittragen konnten und wollten. Auf Länderebene wurden diese Ansätze aber teilweise weiterverfolgt. Ein Beispiel hierfür sind heute die Modellprogramme des Landes NRW mit den „Eltern-Kind-Zentren“ oder des Landes Rheinland-Pfalz mit den „Häusern für Familie“. Hierbei werden bisher getrennte Angebotssegmente mit dem Ziel zusammengeführt, eine integrierte Angebotsstruktur für Eltern und

Kindern zu entwickeln, d.h. es wird in den „Eltern-Kind-Zentren mindestens ein Angebot aus dem Familienhilfe-Familienbildungsbereich mit dem Betreuungsbereich gekoppelt und auch die Öffnung nach außen praktiziert, so z.B. auch für Familien im Stadtteil Angebote bereithalten, die kein Kind (mehr) in der Einrichtung haben.

Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser – Mobilisierung aller Generationen und Institutionen

Die kurz dargestellten Entwicklungslinien anhand von Bundesprojekten, die vom Deutsche Jugendinstitut durchgeführt wurden, zeigen die Linien innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe auf. Daneben gab es in den 90er Jahren nicht nur die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“, sondern auch Anfang 2000 die Enquete Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“, die beide bereits auf die Notwendigkeit einer Aktivierung des Seniorenbereichs hingewiesen haben. Diese Ansätze wurden von Bundesprojekten aufgegriffen, z.B. die Implementierung von Seniorenbüros, die „generationenübergreifenden Freiwilligendienste“, die Unterstützung von „Senior-Kompetenzteams“ in den Kommunen.

Mit dem Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser“ wurden diese Ansätze alle gebündelt. Dabei geht es darum, die Kompetenzen aller Generationen zu aktivieren und für die unterschiedliche Bedarfe in den unterschiedlichen Lebenslagen zu nutzen sowie neue generationenübergreifende Lösungen und Dienstleistungen anzubieten. Deshalb bindet das Programm Träger, Verbände, Vereine, Stiftungen, Einrichtungen, Gebietskörperschaften und soziale Unternehmen ein, die mit ihren Tätigkeitsfeldern das gesamte Spektrum der sozialen Dienstleistungen abdecken. Die inzwischen 500 ausgewählten Mehrgenerationenhäuser verteilen sich daher auf Familienbildungsstätten, Familien- und Mütterzentren, Kirchengemeinden und Bürgertreffs, Seniorenbildungseinrichtungen und Seniorentreffs, Kinderbetreuungseinrichtungen, kulturelle und sportliche Vereine, Schulen und soziale Unternehmen, die sich zu Mehrgenerationenhäuser weiterentwickeln.

Das Aktionsprogramm ist gleichzeitig aber auch ein soziales „Labor“, das die vielfältigen Beziehungen zwischen Haupt- und Ehrenamt, Dienstleistern und Nutzern von Dienstleistungen, Professionellen und Laien, Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen, sozial benachteiligten und gut positionierten Menschen in vielerlei Hinsicht neu mischt und weiter entwickelt. Grundlage hierfür sind ein offener Treffpunkt als Herzstück eines jeden Mehrgenerationenhauses, der einen niederschweligen Zugang für alle Interessenten ermöglicht, die Zusammenarbeit von haupt- und ehrenamtlichen Kräften auf gleicher Augenhöhe, die Einbeziehung der lokalen Wirtschaft, die flexiblen Betreuungsangebote für Kinder, sowohl zur Entlastung erwerbstätiger Eltern als auch zur Kompetenzerweiterung von Kindern durch die Begegnung mit anderen Generationen und das Angebot einer Informations- und Dienstleistungsdrehscheibe mit der Einbindung aller vier Lebensalter. Dies wird unterstützt durch ein Wissensmanagement und die Förderung des Wissenstransfers, die die Kompetenzen aller Beteiligten einbeziehen und nutzen.

Damit werden die Ansätze weiterentwickelt, die einige Institutionen schon versucht haben und jetzt im Sinne einer gelingenden öffentlichen Generationenbeziehung auf der Basis eines Wohlfahrtsmixes auf verschiedene Institutionentypen übertragen werden.

Literatur

Deutscher Verein, „Selbsthilfe und ihre Aktivierung durch die soziale Arbeit“, Bonn 1997.

Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), Orte für Kinder. Auf der Suche nach neuen Wegen der Kinderbetreuung, München 1994.

Erler, W., Familienselbsthilfe und ihr Potential für eine Reformpolitik von „unten“, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Materialien zur Familienpolitik Nr. 15, Berlin 2001.

Gerzer-Sass, A. (1996): Neue Mischungen aus öffentlichen und privaten Ressourcen schaffen neue Orte für Kinder, in: Evers, A./Olk, T. (Hrsg.), Wohlfahrtspluralismus, Opladen 1996.

Gerzer-Sass, A. (2001): Initiativen und ihr Potential für die künftige Arbeitsgesellschaft, in: BMFSFJ (Hrsg.), Familienselbsthilfe und ihr Potenzial für eine Reformpolitik von „unten“. Materialien zur Familienpolitik Nr. 15, Berlin 2001.

Jaeckel, M., Förderung und Unterstützung der Handlungskompetenz von Eltern, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Familienselbsthilfe und ihr Potential für eine Reformpolitik von „unten“, Materialien zur Familienpolitik, Nr. 15, Berlin 2001.

Verf.: Annemarie Gerzer-Sass, Jagdstr. 5, 80639 München, E-Mail: Annemarie.Gerzer@mehrgenerationenhaeuser.de

Wolfhard Kohte

Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Schule

1 Schule im Blickfeld des Arbeitsschutzes

Die Schule ist in letzter Zeit in das Blickfeld der Arbeitswissenschaften und auch des Arbeitsschutzes geraten. Deutlich wurde dies in dem im Dezember 2006 nach § 25 SGB VII vorgelegten Bericht der Bundesregierung zum Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit, den früheren Unfallverhütungsbericht. In diesem Bericht¹ wurde 2006 erstmals ausgewiesen, dass die Arbeitsunfähigkeitsraten in pädagogischen Berufen nach Art und Umfang über den Durchschnitt aller Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland – also unter Einschluss der Beschäftigten in der Industrie und auf dem Bau – liegt. Nachdem sich diese Tendenz bereits bei den früheren Berichten abgezeichnet hatte, hat die Bundesregierung nunmehr ausdrücklich festgehalten, dass die 672.000 hauptberuflichen Lehrkräfte in Allgemeinbildenden Schulen eine wichtige und umfangreiche Zielgruppe für betriebliche Prävention geworden sind.

1 BT-Drs. 16/3915, S. 120, 192.